

Union will Mitsprache beim Bundeswehr-Etat

pca. BERLIN. Die Union hat die Bundesregierung aufgefordert, in dieser Woche ihre Vorstellungen zur Ausrüstung der Bundeswehr vorzulegen. Der Haushaltsentwurf für das laufende Jahr soll am Mittwoch ins Kabinett; eine Ausarbeitung für das geplante Sondervermögen liegt noch nicht vor. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Thorsten Frei, kündigte an, die Union werde einem im Grundgesetz verankerten Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr nur unter klaren Voraussetzungen zustimmen. Frei sagte der F.A.Z.: „Wir halten es seit Langem für richtig, die Bundeswehr besser auszustatten, und freuen uns, dass Teile der SPD ihren Widerstand dagegen endlich aufgegeben haben. Jetzt braucht die Truppe rasch bewaffnete Drohnen und eine Nach-

folgeregelung zur nuklearen Teilhabe. Außerdem gibt es viele weitere Ausrüstung, die dringend benötigt wird.“ Zur Zustimmung der Union, die für eine Grundgesetzänderung gebraucht wird, sei man bereit. Allerdings, so Frei, „nicht bedingungslos“. Das Geld müsse vollständig für die Ausrüstung der Bundeswehr genutzt werden „und nicht für Dinge aus einem ins Uferlose erweiterten Sicherheitsbegriff bis hin zur Windenergie“. Zweitens sei klar, dass man das Sondervermögen nicht allein aus neuen Schulden finanzieren und gleichzeitig alle Wunschprojekte der Ampelkoalition unangetastet lassen könne. Schließlich, so Frei, sei „unabdingbar, dass die Ausgabe einer solchen großen Summe gemeinsamer Kontrolle unterliegt. Die Mitsprache des Parlaments und auch der CDU/CSU-Fraktion in einem Steuerungsgremium für die 100 Milliarden muss gesichert sein, wenn wir einer Grundgesetzänderung zustimmen sollen.“

Der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil beschuldigte unterdessen die Union der Verantwortung für den schlechten

Zustand der Streitkräfte. Klingbeil sagte in einem Gespräch mit der Zeitschrift „Der Spiegel“, die Landesverteidigung sei in den vergangenen Jahren „sträflich vernachlässigt worden“, die letzten fünf Verteidigungsminister habe die Union gestellt. So habe etwa Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) die Bundeswehr verkleinern wollen, „hätte die SPD sich damals nicht massiv gewehrt, wären die Einschnitte noch viel größer ausgefallen“. Klingbeil weiter: „Wenn die SPD in der Vergangenheit das Verteidigungsministerium innehatte, ging es der Bundeswehr besser.“

Unterdessen brachte die Unionsfraktion abermals einen sofortigen Stopp der russischen Gaslieferungen ins Gespräch. Der europapolitische Sprecher Gunther Krichbaum sagte, auch der Stopp von Nord Stream 1 sei „eine mögliche Option“. Der Partei- und Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz hatte zuvor geäußert, ein solcher Schritt würde „eine neue Qualität in den Sanktionen bedeuten“.